

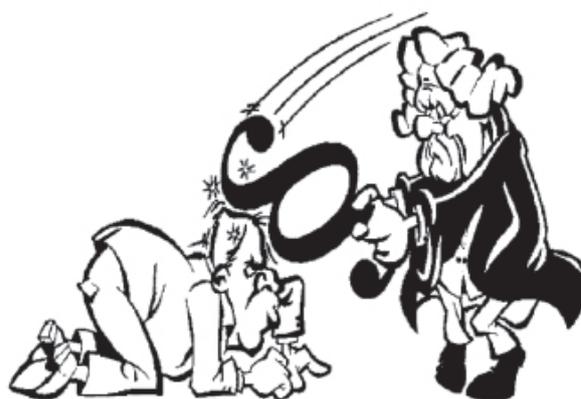
Senatorin für Finanzen sichert Musterklagevereinbarung zu

ver.di unterstützt ihre Mitglieder

Die Senatorin für Finanzen hat dem Deutschen Gewerkschaftsbund und den drei ihr angehörenden Gewerkschaften ver.di, GdP und GEW zugesichert, zur Klärung der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzesbeschlusses zum aktuellen Besoldungsgesetz eine Musterklagevereinbarung abzuschließen. Ziel der Vereinbarung ist es, anhand einiger exemplarischer Fälle die Rechtmäßigkeit des Beschlusses der Bremischen Bürgerschaft zu überprüfen. Mit dem Abschluss der Vereinbarung rechnen die Gewerkschaften im August 2013.

Aktuell besteht kein Handlungsbedarf für die betroffenen Beamtinnen und Beamten. Rechtsansprüche sollten erst im Anschluss an die unterzeichnete Musterklagevereinbarung geltend gemacht werden. Hierfür bereitet ver.di Muster für die Widersprüche der organisierten Beamtinnen und Beamten vor.

Nach der Unterzeichnung der Vereinbarung werden wir die Mitglieder darüber informieren, was sie tun müssen, und das vorbereitete Material zur Verfügung stellen.



Das Beamtinnenrecht in Deutschland - ein Mehrklassensystem

